



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 92. Ratssitzung vom 10. April 2024

3081. 2023/192

Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 05.04.2023: Bekämpfung linksextremer Gewalt in Zusammenarbeit mit allen Sicherheits- behörden als Legislatorschwerpunkt

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Samuel Balsiger (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1671/2023): Vom Linksextremismus geht in unserer Stadt eine extreme Gewalt aus. Gegen solche Gewalt müssten sich alle demokratischen Vertreter aussprechen, aber das geschieht nicht. Niemand in diesem Rat distanziert sich von Linksextremisten und der linksradikalen Antifa. Die Gewalt wird gar als sozialer Fortschritt hingestellt. Die Antifa bekommt mit, dass sie in diesem Parlament unterstützt wird, was zu weiteren, ungehemmteren Ausschreitungen führt. STR Karin Rykart meinte, dass die linksextreme Gewalt in der Stadt eine neue Dimension angenommen habe, obwohl sie in dieser Stadt eine Tradition hat. Wenn Sie Demokraten sind, lehnen sie jegliche Art von Gewalt ab, auch linksextreme.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

***STR Karin Rykart:** Der Stadtrat lehnt einen Prüfauftrag dieser Art ab. Die angesprochene Problematik nehmen wir trotzdem ernst. Der Stadtrat verurteilt Gewalttaten und Drohungen jeglicher Art und prüft laufend geeignete Massnahmen. Zurzeit sehen wir keinen Mehrwert darin, einen Legislatorschwerpunkt zur Bekämpfung von linksextremistisch motivierter Gewalt festzulegen. Auch ohne diesen sind wir mit Blick auf alle Extremismusformen nicht untätig. Bei deren Bekämpfung kommt der Prävention durch Aufklärung und Sensibilisierung an Schulen, in der Jugendarbeit und in Vereinen eine zentrale Rolle zu. Die Polizei befasst sich intensiv und mit langjähriger Erfahrung mit der Entwicklung von Linksextremismus. Das repressive polizeiliche Handeln fokussiert in erster Linie auf die Identifizierung von Straftäter*innen und das Einleiten von Strafverfahren. Die Stadtpolizei setzt hierbei auf die Zusammenarbeit mit Partnerbehörden auf kantonaler und nationaler Ebene – primär mit der Kantonspolizei. Sie verfügt über die nötigen Instrumente und rechtlichen Grundlagen, um gegen extremistische Gewalt vorgehen zu können. Leider zeigt sich immer wieder, dass man nicht alle Gewalttaten verhindern kann. Das betrifft alle Formen von Extremismus. Nichtsdestotrotz werden wir alles daransetzen, dass sich die Menschen in Zürich weiterhin sicher fühlen können.*



Weitere Wortmeldungen:

Tiba Ponnuthurai (SP): Die SP lehnt das Postulat aus zwei Gründen ab. Der erste ist, dass wir es nicht als Aufgabe des Gemeinderats erachten, Legislatorschwerpunkte des Stadtrats zu setzen. Das soll in der Kompetenz des Stadtrats bleiben. Zweitens ist es so, dass das Strafrecht in der Stadt genau wie an anderen Orten angewandt wird. Die Verfolgung von Zuwiderhandlungen passiert bereits. Das Postulat fordert nichts Neues. Grundsätzlich ist es bedenklich, dass das Demonstrationsrecht und die Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit, als die wichtigsten demokratischen Grundrechte, wiederholt von den Rechten angegriffen werden. Mit diesem Postulat wollen Sie die Grundrechte aller einschränken und die Ansicht stärken, dass das Strafrecht in der Stadt Zürich nicht greife. Doch das tut es. Die Stadt ist kein rechtsfreier Raum. Übertretungen von Individuen haben Konsequenzen. Im Jahr 2023 führte die Stadt eine Bevölkerungsbefragung zur Lebensqualität durch. Das Sorgenbarometer zeigte klar, dass das Wohnen die Spitze der Sorgen anführt. Es würde mich freuen, könnten wir uns in diesem Rat mehr mit den Problemen der Bevölkerung befassen, als mit PR-Vorstössen, die Themen bewirtschaften, statt politische Lösungen vorzubringen, die der Bevölkerung effektiv helfen.

Andreas Egli (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Vom vorhergehenden Votum bin ich enttäuscht. Aus diesem hörte ich heraus, dass Sie durch das Ablehnen des Postulats Ihre – möglicherweise linksextreme – Wählerschaft nicht verlieren wollen und Sie lieber über Wohnungen diskutieren. Ich habe wenig Verständnis dafür, ein Problem so lange zu ignorieren, bis es eskaliert und zum grössten Problem der Stadt wird. Das Postulat wird keine allumfassende Lösung bringen. Teil der Lösung ist, dass Sie über die Nensenspitze hinausschauen und anerkennen, dass gewalttätiger Extremismus, der aus Ihrem Spektrum kommt, ein Problem ist und der Stadtrat etwas dagegen unternehmen soll. Von Ihrer Ratsseite gingen Postulate zur Bekämpfung von Rechtsextremismus ein. Extremismus an sich ist noch kein riesiges Problem. Die Problematik beginnt beim gewalttätigen Extremismus. Als Polizist, Feuerwehrmann oder Sanitätsangehöriger wäre es mir egal, ob ich von jemandem mit linker oder rechter Gesinnung zusammengeschlagen werde. Die Textänderung schlagen wir vor, damit alle Arten von gewalttätigem Extremismus einbezogen sind. Textänderungen dieser Art, die von Links kamen, wurden in früheren Sitzungen angenommen. Man kann gewalttätigen Extremismus des eigenen Spektrums nicht ignorieren. Die Legislatorschwerpunkte sind im geänderten Postulat gestrichen, da es viele andere Themen gibt, die ebenso wichtig sind. Legislatorschwerpunkte haben wenig Schlagkraft. Das Postulat auch, aber es zeigt ein Bekenntnis zur Sache.

Sanija Ameti (GLP): Gewalt gegen Dinge ist verboten. Wer Gewalt ausübt, wird strafrechtlich belangt. Alleine die Ausübung von Gewalt reicht nicht zum gewalttätigen Extremismus oder Terrorismus. Dafür braucht es eine zusätzliche Absicht, die staatliche Ordnung umzustürzen. In einem solchen Fall wird der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) aktiv. Der NDB ist gesetzlich beauftragt, gewalttätige, verfassungsfeindliche Gruppen zu überwachen, wenn konkrete Anhaltspunkte vorliegen, dass sie ihre Rechte ausüben, um



gewaltsam extremistische Tätigkeiten vorzubereiten oder durchzuführen. So kam die Junge SVP ins Blickfeld des NDB, da sie mit der Jungen Tat zusammenspannt. Letztere zielt auf den Umsturz des demokratischen Staats, wofür sie mit Waffen trainiert. Sie verwenden den Begriff «Remigration» der neuen Rechten, was laut dem Staatsschutzexperten Xavier Dufour Rassenpolitik wie zu Zeiten des Nationalsozialismus ist. Von all dem distanziert sich die SVP nicht. Das Postulat lehnen wir ab und erwarten von euch, dass ihr nicht nur davon sprecht, Links- und Rechtsextremismus abzulehnen, sondern es tut.

Sandra Gallizzi (EVP): Der Stadtrat legt seine Legislaturziele jeweils zu Beginn seiner Legislatur fest. Diese liegen nicht in der Kompetenz des Gemeinderats. Bereits jetzt hat der Stadtrat den Auftrag, gegen Gewaltexzesse oder Extremismus jeglicher Art vorzugehen. Wir vertrauen darauf, dass der Stadtrat seine Aufgaben wahrnimmt. Die Fraktion Die Mitte/EVP lehnt das unveränderte Postulat ab. Die Textänderung nimmt unsere Bedenken auf. Bei deren Annahme stimmen wir dem Postulat zu.

Samuel Balsiger (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden: In einer kürzlich publizierten Medienmitteilung distanzierte sich die Junge SVP von extremistischen Bewegungen, im Gegensatz zu linken Parteien. Darin verurteilte sie die Junge Tat ganz klar. Wer denkt, dass Menschen mit anderer Hautfarbe und Herkunft nicht gleich viel wert seien und «remigrieren» sollen, ist ein Idiot. Jede Gewalt ist abzulehnen, es fällt uns nicht schwer, das zu sagen. Die SP sagt aber, dass das Postulat die demokratischen Grundrechte einschränke. Im Postulat werden einige Beispiele linksextremer Gewalt genannt. Diese bekämpfen zu wollen, bedeutet doch nicht, die Grundrechte einzuschränken. Ich forderte Sie auf, linksextreme Gewalt zu verurteilen, genau wie ich es bei der Jungen Tat eben tat, doch Sie kriegen das nicht hin. Das sagt mehr über Links als über die SVP aus. Die SVP lehnt jeden Extremismus ab und nimmt die Textänderung an.

Jehuda Spielman (FDP): Nicht das erste Mal sprechen wir über Extremismus. Bisher konnte ich die Diskussionen nicht ernst nehmen. Vielen nehme ich nicht ab, dass sie ernsthaft mit Extremismus umgehen können. Jeder Vorstoss, den wir besprechen, zielt jeweils auf die andere politische Seite ab. Extremismus kann man nicht bei den anderen bekämpfen, man kann es nur bei sich selbst in den eigenen Kreisen tun. Bürgerliche müssen ihren Extremismus bekämpfen und die Linken den ihrigen. Auf beiden Seiten haben wir ein Problem. Die gegenseitige Bekämpfung hier schürt Extremismus. Das Postulat fordert, dass die Sicherheitsbehörden involviert werden. Doch diese bekämpfen nur die Symptome von Extremismus. Über dessen Ursachen steht nichts im Postulat. Extremismus ist nicht erst ein Problem, wenn es einen Angriff oder eine Demonstration gibt, das Problem beginnt beim Stammtisch. Da kann jeder etwas bewirken.

Moritz Bögli (AL): Anstatt ständig zu behaupten, dass die SVP sich von neofaschistischen Gruppierungen distanzieren, müssten Taten folgen. Immer wieder werden Ideen der Jungen Tat aufgenommen und in diesen Rat getragen. Zur FDP: Die propagierte Hufeisentheorie finde ich gefährlich. Die Gleichsetzung von linker und rechter Gewalt ist falsch und irreführend. Der Vorstoss ist abzulehnen, da es keine Legislaturziele gibt,



4 / 4

auch wenn das mit der Textänderung hinfällig wurde. Die Textänderung wurde erst während der Debatte angekündigt, darum kann man sie nicht sinnvoll beraten.

Martina Zürcher (FDP): *Bei verschiedenen Votantinnen und Votanten bin ich mir nicht sicher, ob sie mehr als den Titel des Vorstosses gelesen haben. Im Postulat steht nichts von «links». Die Parlamentarischen Dienste haben das hinzugedichtet, als sie den Titel wählten. Die Textänderung wurde tatsächlich kurzfristig eingereicht, doch beim Vorstossbündel GR Nr. 2022/562 bis GR Nr. 2022/565 zu Rechtsextremismus fügten wir bei allen dieselbe Textänderung «gewaltbereiter Extremismus» an. Diese wurde übrigens abgelehnt. Eine Distanzierung von linksextremer Gewalt habe ich nicht vernommen. Der FDP ist es egal, von welcher Seite Gewalt kommt und lehnt sie konsequent ab.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie ~~die Bekämpfung der neuen Dimension extremer Gewalt~~ gewalttätiger Extremismus in Zusammenarbeit mit allen Sicherheitsbehörden ~~endlich zu einem Legislatorschwerpunkt gemacht werden kann~~ eingedämmt werden kann.

Das geänderte Postulat wird mit 40 gegen 66 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat